

„Aufbruch Bayern.
Wie geht es weiter in Europa?“
Bayerischer Wirtschaftstag
27. Juli in Augsburg

Bayerische Haushaltspolitik solide, solidarisch, zukunftsorientiert

Bayern und solide Finanzpolitik gehören untrennbar zusammen. Seit mehr als zehn Jahren macht Bayern keinen Cent neue Schulden im allgemeinen Haushalt mehr. Bereits drei Jahre vor Ausbruch der großen Finanzkrise 2008 bestritt Bayern den Weg in eine Zukunft ohne Schulden.



*Dr. Markus Söder, MdB
Bayerischer Staatsminister der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat*

Der Grundstein für diese Erfolgsbilanz wurde im Jahr 2000 gelegt, als Edmund Stoibers Vision eines Haushalts ohne Neuverschuldung im Gesetz verankert wurde. Von Vielen zunächst für unmöglich gehalten, erwies es sich als eine zukunftsweisende Entscheidung, die die bayerische Finanzpolitik bis heute prägt. Diese Vision ist das Fundament für unser erfolgreiches Bayern von heute: Hervorragende Zukunftsaussichten, blühende Wirtschaft, gute Arbeitsplätze und hohe Lebensqualität.

Im März 2016 konnte in Bayern ein Festakt stattfinden, der bundesweit einzigartig war und in dieser Form auch nur im Frei-

staat stattfinden konnte: 10 Jahre ausgeglichener Haushalt – ein Jahrzehnt ohne neue Schulden im allgemeinen Staatshaushalt.

Der ausgeglichene Haushalt ist zum Markenzeichen Bayerns geworden. Kein anderes Bundesland vor uns hat sich so konsequent der Konsolidierung seines Haushalts verschrieben. Wo andere Länder täglich tiefer im Schuldensumpf versinken, tilgt Bayern in jeder Sekunde 15 Euro Schulden, insgesamt schon über drei Milliarden Euro. Bayern hat unbestritten die Blaupause für eine der bedeutendsten finanzpolitischen Grundsatzentscheidungen der Nachkriegszeit g e l i e - f e r t – die E i n f ü h - r u n g der Schuldenb r e m s e für Bund und Länder im Grundgesetz im Jahr 2009. Sie verbietet unter anderem den Ländern ab 2020 die Aufnahme neuer Schulden.

Der Freistaat kann dem Wirksamwerden der grundgesetzlichen Schuldenbremse dagegen gelassen entgegen blicken. Seit dem Jahr 2006 wurden in Bayern die Vorgaben der selbst auferlegten Schuldenbremse eingehalten und im allgemeinen Haushalt keine neuen Schulden aufgenommen. Die Wirkung dieser Schuldenbremse ist beeindruckend: Während die Schuldenstände in den Kernhaushalten der übrigen westlichen Flächenländer in den letzten zehn Jahren insgesamt um rund 27 Prozent gestiegen sind, hat Bayern im allgemeinen Haushalt nicht nur vollständig auf neue Kredite verzichtet. Wir

haben zusätzlich sogar rund 3 Milliarden Euro alte Schulden getilgt. Wäre Bayern dem Beispiel der anderen Länder gefolgt, müssten wir allein im Jahr 2016 über 170 Millionen Euro zusätzlich für Zinsen ausgeben – Geld, das uns bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen fehlen würde. Auch bei der Pro-Kopf-Verschuldung macht sich die solide Haushaltspolitik des Freistaats bemerkbar: Bayern hat mit 2.317 Euro zum Jahresende 2015 die bundesweit niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung – ein klares Signal, dass unsere verantwortungsvolle und solide Finanzpolitik wirkt. Der Durchschnitt der übrigen westlichen Flächenländer liegt mit über 8.700 Euro (Stand 31.12.2014) fast viermal so hoch. Weiteres Resultat: Auch beim Anteil der Zinsausgaben am Gesamthaushalt liegt Bayern im Jahr 2016 mit einem Soll von 1,5 Prozent bundesweit im Spitzenfeld.

SOLIDE HAUSHALTPOLITIK ALS MARKENZEICHEN

Der Freistaat kann dem Wirksamwerden der grundgesetzlichen Schuldenbremse dagegen gelassen entgegen blicken. Seit dem Jahr 2006 wurden in Bayern die Vorgaben der selbst auferlegten Schuldenbremse eingehalten und im allgemeinen Haushalt keine neuen Schulden aufgenommen. Die Wirkung dieser Schuldenbremse ist beeindruckend: Während die Schuldenstände in den Kernhaushalten der übrigen westlichen Flächenländer in den letzten zehn Jahren insgesamt um rund 27 Prozent gestiegen sind, hat Bayern im allgemeinen Haushalt nicht nur vollständig auf neue Kredite verzichtet. Wir

” 10 Jahre
ausgeglichener
Haushalt “

VERANTWORTUNGSVOLLE FINANZPOLITIK ERMÖGLICHT SOLIDARITÄT

Diese Spitzenstellung ist nicht nur ein Erfolg, sondern auch eine Verpflichtung: Gerade, weil wir finanziell auf >> Seite 2

Wenn Sie gesehen werden wollen,
müssen Sie sich zeigen!



Am besten mit Anzeigen im »Kompass« des WBU. Schon ab 260 €.

Mehr: www.weltbuch.com/media/anzeigen/kompass



einem soliden Fundament stehen sind wir gefordert, Menschen in Not zu helfen. Die Unwetter, die erst kürzlich weite Teile Bayerns heimgesucht und mancherorts eine Schneise der Verwüstung hinterlassen haben, machen deutlich, dass eine Gesellschaft ohne Solidarität nicht bestehen kann.

Neben den zahlreichen freiwilligen Helfern, die den Betroffenen ohne zu zögern ihre Hilfe angeboten haben und denen dafür größter Respekt gebührt, hat auch die Bayerische Staatsregierung ihre Verantwortung wahrgenommen und umfangreiche Finanzhilfen beschlossen. Wo andere Länder zögerlich und prüfend reagieren, sicherte der Freistaat bereits kurz nach den schlimmsten Unwettern Sofortgelder zu, um den Menschen in der größten Not schnell und unkompliziert zu helfen. Die betroffenen Einwohner des Landkreises Rottal-Inn, in dem das Unwetter verheerende Schäden hinterlassen hat, erhalten die gleiche finanzielle Unterstützung wie die von der Hochwasserkatastrophe 2013 betroffenen Bürger. Auch die weiteren betroffenen Landkreise können sich der Unterstützung des Freistaats sicher sein. Wir lassen niemanden in der Not allein.

ASYLPOLITIK

In einer globalisierten Welt werden vermeintlich weit entfernte Konflikte auch schnell zur Herausforderung in der eigenen Heimat. Der Flüchtlingszustrom, der mit rund 1,1 Millionen registrierten Flüchtlingen im Jahr 2015 neue Höhen erreicht hat, ist hierfür der beste Beleg. Bayern setzt auch bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise Zeichen. Im Doppelhaushalt 2015/2016 stehen rund 4,5 Milliarden Euro für Integration, Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber zur Verfügung. Zum Vergleich: Diese Mittel würden für die Errichtung von zwei neuen Universitäten oder die Schaffung von rund 700.000

Studienplätzen ausreichen. Im Gegenzug erwarten wir aber, dass die hier geltenden Gesetze und Werte von jedem respektiert werden.

VERLÄSSLICHER PARTNER DER KOMMUNEN

Bayern ist stets ein verlässlicher Partner seiner Kommunen geblieben. Der Freistaat unterstützt sie mit umfangreichen Leistungen bei ihren Aufgaben. Für den bayerischen kommunalen Finanzausgleich steht im Nachtragshaushalt 2016 die Rekordsumme von insgesamt rund 8,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Zusammen mit den weiteren Leistungen für Kommunen im Staatshaushalt geht damit mehr als jeder vierte Euro im Haushalt an bayerische Kommunen.

NEUORDNUNG DER BUND-LÄNDER-FINANZ- BEZIEHUNGEN

Der Länderfinanzausgleich, ist zur größten Einzelbelastung im bayerischen Haushalt geworden. Im Nachtragshaushalt 2016 sind hierfür 5,4 Milliarden Euro vorgesehen. Im kommenden Doppelhaushalt werden wir wohl erstmals die Grenze von 6 Milliarden Euro pro Jahr überschreiten. Die anstehende Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen muss genutzt werden, das Gleichgewicht in diesem System wiederherzustellen und den Freistaat deutlich zu entlasten.

NÄCHSTES ZIEL: SCHULDENTILGUNG

Die Entlastung für den Freistaat im Länderfinanzausgleich wäre auch aus einem anderen Grund wichtig: Um das nächste große Ziel der vollständigen Tilgung der Schulden im Staatshaushalt bis 2030 zu erreichen. Wir sind dabei bislang auf einem guten Weg: Seit dem Jahr 2012 haben wir insgesamt rund 3 Milliarden Euro alter Schulden getilgt. Für das Jahr 2016 sind weitere 550 Millionen Euro für die Schul-

dentilgung im Haushalt vorgesehen – auch hier setzt der Freistaat bundesweit Maßstäbe.

SOLIDE WIRTSCHAFTEN, KRAFTVOLL GESTALTEN

Die Herausforderung einer soliden Finanzpolitik liegt aber nicht nur im Sparen. Es gilt vielmehr, gleichzeitig die wichtigen Investitionen in die Zukunft des Landes nicht zu vernachlässigen. Es geht darum, die Wirtschaftskraft und die Innovationsfähigkeit der hier ansässigen Menschen und Unternehmen zu stärken und langfristig zu erhalten. Haushaltsmittel für Forschung und Bildung von insgesamt über 36 Milliarden Euro im Doppelhaushalt 2015/2016 – dies entspricht rund einem Drittel des gesamten Staatshaushalts – sprechen dabei eine deutliche Sprache. Langfristige Initiativen wie der Ausbau des Hochgeschwindigkeitsinternets in Bayern oder die Heimatstrategie als langfristige Vision für unser Land sind weitere Belege dafür, dass Gestaltungskraft und solide Finanzen sich nicht ausschließen, sondern Hand in Hand gehen.

Die solide finanzielle Basis, die sich der Freistaat über Jahrzehnte hinweg erarbeitet hat, muss jedes Jahr auf ein Neues verteidigt, der Haushalt ohne neue Schulden jedes Mal wieder erkämpft werden. Die Aufstellung des Doppelhaushalts 2017/2018 wird daher kein Wunschkonzert werden, sondern mit festem Blick auf unsere haushaltspolitischen Leitsätze Antworten auf die aktuellen und künftigen Herausforderungen für den Freistaat geben. Solide Haushaltspolitik ist langfristig auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Keine unbezahlten Rechnungen für unsere Kinder und Enkelkinder.

*Dr. Markus Söder, MdL
Bayerischer Staatsminister der
Finanzen, für Landesentwicklung
und Heimat*

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

SWEngin GmbH

Prof. Dr. Manfred Gröger,
München

Stephan Stracke,

Kaufbeuren

LSV Vermögensverwaltungs GbR

Wilhelm Lohmar, Ingolstadt

Johannesbad Hotels GmbH

Ralf Müller, Bad Füssing

Crowe Kleeberg Real Estate GmbH

Alexander Lehner, München

Gasthof Hinterbrühl GmbH & Co. KG

Gerry Haberl, München

Dr. Ulrich Weishaupt,

München

Merl & Neiser Steuerberater

Peter Merl, Grasbrunn

Ingenieurbüro Weindl

Ingrid Heut, Cham

Mtech München GmbH

Jens Weinberger, München

Loreca - Loss Reduction Cargo

Jürgen Kempf, Bad Heilbrunn

Impressum

Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, www.wbu.de, info@wbu.de, T: 089-2422860, F: 089-291518

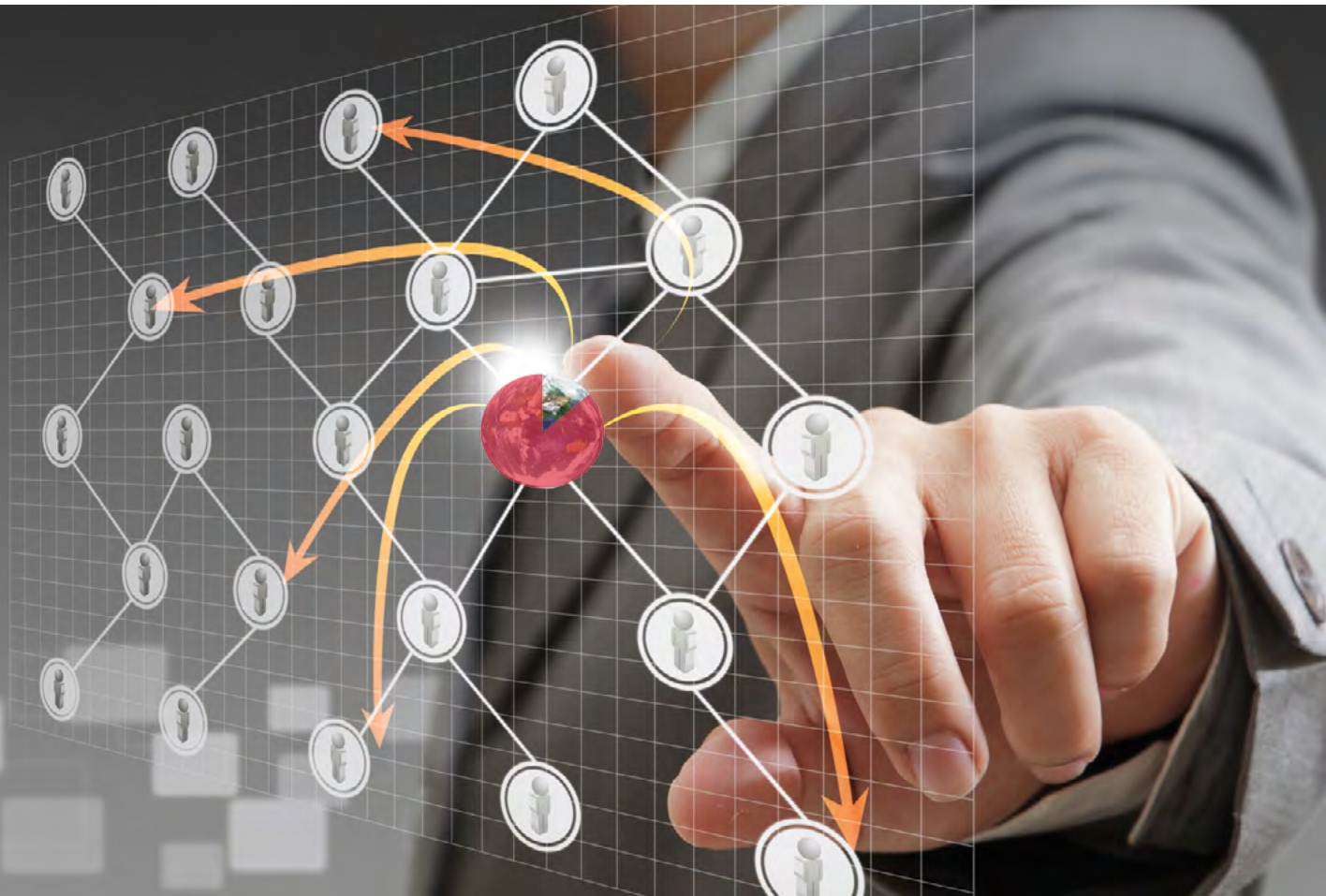
V.i.S.d.P.: Dr. Jürgen Hofmann
Redaktionsschluss: 24.6.2016

Für die Inhalte der Leitartikel sind ausschließlich die Autoren verantwortlich
Gesamtproduktion/Anzeigen: Weltbuch Verlag GmbH, www.weltbuch.com, weltbuch@mac.com





zuhören > verstehen > lösen



Seit **1998** entwickeln wir als Softwarehaus **Onlineportale** und **mobile Applikationen** und komplettieren diese mit der **Abbildung von individuellen Geschäftsprozessen**.

Wir verfügen über langjährige Kundenerfahrungen in folgenden Branchen:

- | | |
|---|---|
|  Automobilindustrie |  Maschinenbau |
|  Banken und Finanzdienstleister |  Krankenkassen |
|  soziale/öffentliche Einrichtungen |  Medien |
|  Sport und Freizeit |  Handel |

Arbeitswelt der Zukunft

Mehr Flexibilität und Selbständigkeit wagen!

Die Digitalisierung revolutioniert unsere Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitswelt. Und zwar in einer noch nie dagewesenen Geschwindigkeit. Mit Blick auf die künftige Arbeitswelt betrachten viele Menschen diese Entwicklung mit Sorge. Das kann ich verstehen. Große Veränderungen sind nie einfach. Der Arbeitswelt stehen in der Tat große Umwälzungen bevor. Dies kann ganze Berufsgruppen fundamental verändern. Schwache und unflexible Glieder werden aus der Wertschöpfungskette fallen und durch effizientere Strukturen ersetzt werden.



Staatssekretär
Franz Josef Pschierer, MdB
Bayerisches Staatsministerium für
Wirtschaft und Medien,
Energie und Technologie

Arbeitnehmern, sondern insbesondere von Unternehmen Anpassung an neue Gegebenheiten. Prozesse und Abläufe lassen sich dank neuer technischer Möglichkeiten effizienter gestalten. Wer diesen Weg geht, macht sein Unternehmen produktiver, wettbewerbsfähiger und stärker. Aber auch für Arbeitnehmer sehe ich zunehmende Flexibilität als große Chance, da zeitlich und örtlich unabhängigeres Arbeiten immer besser möglich wird. Gerade vor dem Hintergrund

des Wunsches nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist dies ganz im Sinne vieler Eltern. Ich bin mir sicher, dass dies auch hilft, den zunehmenden Fachkräftebedarf zu decken, wenn es so gelingt, mehr Eltern eine Berufstätigkeit zu ermöglichen.

DIE POLITIK IST GEFORDERT

Aufgabe der Politik ist es, für den geeigneten ordnungspolitischen Rahmen zu sorgen. Wir brauchen moderne Regelungen, die zu den geänderten Abläufen und Prozessen der digitalisierten Arbeitswelt passen. Nur so können wir die digitalen Chancen nutzen und gleichzeitig die Risiken minimieren. Dabei ist es mir wichtig, die Rahmenbedingungen für mehr Flexibilität gleichberechtigt aus Sicht von Arbeitnehmern und Unternehmen anzugehen.

Ausgangspunkt sind für mich hier die bayerischen Unternehmen. Sie sollen auch in Zukunft für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze sorgen – insbesondere soll auch weiterhin unser

Mittelstand das Rückgrat unserer Wirtschaft und Gesellschaft sein. Es ist unbestritten, dass bei der Nutzung digitaler Möglichkeiten gerade im bayerischen Mittelstand noch Luft nach oben besteht.

BAYERN HANDELT!

Wir in Bayern lassen unsere Unternehmen mit der Herausforderung Digitalisierung nicht allein: Erstens: Im Rahmen unseres geplanten Digitalbonus für kleine und mittelständische Betriebe sollen auch gezielt Investitionen für ein modernes Arbeitsumfeld gefördert werden. Wir wollen Rückenwind für den Mittelstand bei Investitionen in die digitale Zukunft.

Zweitens: Wir wollen erforschen, wie sich die Chancen des digitalen Arbeitens für unsere Unternehmen am besten nutzen lassen. Das Zentrum Digitalisierung.Bayern (ZD.B) mit seinen Themenplattformen hat sich als wichtiges Bindeglied zwischen Hochschulforschung, außeruniversitärer Forschung sowie industrieller Forschung und Entwicklung etabliert und soll weiterentwickelt werden. Auf Initiative des Wirtschaftsministeriums soll beim ZD.B eine neue Forschungsplattform zur Zukunft der Arbeit errichtet werden.

Drittens: Wenn es um die Nutzung digitaler Chancen in der Arbeitswelt geht, kommt Weiterbildung eine entscheidende Rolle zu.

Ich denke hier nicht nur an die Möglichkeiten der Teilhabe für alle an der digitalen Arbeitswelt. Ich denke auch an die Herausforderungen des zunehmenden Fachkräftebedarfs für unsere Unternehmen, wobei Weiterbildung eine wichtige Rolle zukommt.

Viertens: Als Gemeinschaftsprojekt von Wirtschafts- und Arbeitsministerium haben wir ein Dialogforum Leben und Arbeiten 4.0 initiiert. Wir wollen mit Wirtschaft, Kirchen und weiteren gesellschaftlichen Gruppen eine gemeinsame bayerische Position zur digitalen Arbeitswelt entwickeln, die wir dann auch im Bund einspeisen werden.

DER BUND MUSS HANDELN!

Für mich ist dabei klar: Man kann die Arbeitswelt von morgen nicht mit Rahmenseetzungen von gestern gestalten. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für zukunftsorientierte Regelungen ein. Ein zentraler Punkt ist sicher die Anpassung des Arbeitszeitgesetzes. Warum nicht – wie auch in der EU-Arbeitszeitrichtlinie vorgesehen – eine wöchentliche Obergrenze von 48 Stunden statt einer täglichen Höchstarbeitszeit vereinbaren? Das würde ganz neue Spielräume für Unternehmen und Arbeitnehmer eröffnen. Auch sollten kurze Unterbrechungen der elfstündigen Ruhezeit dann nicht dazu führen, dass der Zeitraum erneut zu laufen beginnt. Das entspricht schon heute nicht mehr der gelebten Praxis in vielen Betrieben.

Insgesamt werden durch die Digitalisierung Arbeitsabläufe immer vielfältiger. Passende Arbeitsbedingungen lassen sich deshalb nicht im Detail gesetzlich von oben verordnen.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, den Tarifpartnern mehr Gestaltungsspielräume zu eröffnen. Es muss darum gehen, neue Möglichkeiten für passgenaue Lösungen in den einzelnen Branchen und Betrieben zu schaffen. >> Seite 5

„Digitalisierung
offensiv gestalten“



Nicht nur das Arbeitsumfeld, auch die Arbeitsformen werden immer flexibler. So wird die Zahl der Freelancer oder Crowdworker künftig stark zunehmen. Hier ist es wichtig, dass es auch für diese neuen Selbständigen eine angemessene Alterssicherung gibt. Dabei möchte ich inhaltlich das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit und organisatorisch das Prinzip der Selbstverwaltung bei weiterer Einbindung der Sozialpartner bewahren. Ich denke konkret

an eine frei gestaltbare Altersvorsorgepflicht. Eine klassische Pflichtversicherung ist der falsche Weg. Wir dürfen der neuen Kultur der Selbständigkeit, die hier auf dem Nährboden der Digitalisierung heranwächst, nicht durch überzogene Regulierungen das Wasser abgraben.

AUS DIGITALISIERUNG ALS GEWINNER HERVORGEHEN

Ich bin überzeugt: Die Chancen der Digitalisierung für unsere

Wirtschaft und Gesellschaft sind gewaltig. In den letzten 15 Jahren hat die Digitalisierung allein in Deutschland 1,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Auch werden sich erwartete Produktivitätssteigerungen in der Industrie von bis zu 30 Prozent positiv auf Löhne und Gehälter auswirken. Wenn wir unsere Hausaufgaben machen, wenn die Politik gemeinsam mit den Tarifpartnern einen maßgeschneiderten Rahmen für die Herausforderung Digitalisierung gestaltet,

werden auch die Menschen in Bayern insgesamt zu den Gewinnern im internationalen Digitalisierungswettbewerb gehören. Herausforderungen mutig angehen und Zukunftschancen nutzen – das muss jetzt wie schon in der Vergangenheit unsere Devise in Bayern sein.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer, MdL

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken



30. Mai – Ausschuss für Ernährungs- und Agrarpolitik

Zu Gast im Agrarausschuss: Dr. Josef Bosch, Landwirt und Geschäftsführer der PC Agrar Informations- und Beratungsdienst GmbH in Pfarrkirchen. Bosch ging in seinem hochinformativen Vortrag auf aktuelle und absehbare Entwicklungen im Bereich „Digital Farming“ ein. Landwirtschaft 4.0 sei einer der Hauptschlüssel, die Effizienz der Landwirtschaft umweltverträglich weiter spürbar zu steigern – etwa durch „schlaggenau“ dosierten Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatz. Deutschland sei hier in einer der führenden Positionen.



Foto (GG) v.l.n.r.: Generalsekretär Dr. Jürgen Hofmann, Angelika Schorer, MdL, Dr. Josef Bosch

Dr. Michael Kerkloh, Geraldine Knudson, Leiterin des Tourismusamtes München, Messevorstand Dr. Reinhard Pfeifer, Prof. Dr. Horst Kunhardt, Vizepräsident der TH Deggendorf, Deutsche Eiche-Wirt Dietmar Holzapfel, TOM-Präsident Robert Salzl, Münchens Wirtschaftsbürgermeister Josef Schmid und Moderator Jens Huwald, GF Bayern Tourismus Marketing GmbH, stimmten überein: Die Landeshauptstadt ist touristisch hervorragend aufgestellt, hat aber in den einzelnen Segmenten noch Luft nach oben.



Foto (GG) v.l.n.r.: Robert Salzl, Dietmar Holzapfel, Prof. Dr. Horst Kunhardt, Dr. Reinhard Pfeiffer, Geraldine Knudson, Dr. Michael Kerkloh

2. Juni – Bezirk Weiden

3. Nordoberpfälzer Wirtschaftstag – in diesem Jahr in Neustadt an der Waldnaab. Vorsitzender Helmut Hör und Leonhard Zintl, Vorstand der Volksbank Mittweida, konnten in der gut besuchten Stadthalle am Rosengarten als Redner den Bayerischen Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, und Markus Geyer

vom Münchner Sicherheitsnetzwerk begrüßen. Es ging um Sicherheit im Internet. Herrmann stellte neben den Bedrohungen im Netz die Aktivitäten des Freistaats bei der Bekämpfung von Cyberkriminalität heraus, Geyer beleuchtete die Schwachstellen im Mittelstand und gab Empfehlungen für ihre Beseitigung.

2.-3. Juni – Junger Wirtschaftsbeirat



Der Junge Wirtschaftsbeirat unter Leitung von Dr. Marc Tenbücken (Foto: 3.v.r.) stattete auch in diesem Jahr der Bundeshauptstadt einen Besuch ab. U.a. standen Gespräche mit der Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt (Foto: Mitte), und dem Vertreter von Kurdistan-Irak, Dilshad Barzani, auf dem Programm. Ein Abendessen mit jungen CSU-Bundestagsabgeordneten rundete den Besuch der zehnköpfigen Delegation ab.

6. Juni – Bezirk Kaufbeuren

Regionaler Wirtschaftstag des Bezirks Kaufbeuren/Ostallgäu im König Ludwig Wellness Hotel & Spa Resort Allgäu, in Schwangau. Inhaber Florian Lingenfelder und die Vorsitzen-

den des Bezirks Dr. Hans Ketterl und Winfried Nusser hießen zahlreiche hochrangige Gäste aus Wirtschaft und Politik willkommen. Nach Grußworten von Stefan Rinke und der MdLs Angelika Schorer und Klaus Holtschek sprach der bekannte Coach und Trainer Dieter Lange über Persönlichkeitsbildung bei Führungskräften. Ein Get-together auf der Seeterrasse setzte den Schlusspunkt unter das gelungene Programm.



Foto v.l.n.r.: Winfried Nusser, Werner Lingenfelder, Florian Lingenfelder, Dr. Hans Ketterl, Stefan Rinke

8. Juni – Ausschuss Außenwirtschaft

„Kuba – Insel im Wandel – Chancen für Bayerns Wirtschaft“ standen im Mittelpunkt einer Vortragsveranstaltung des Ausschusses für Außenwirtschaft und der Union Mittelständischer Unternehmen e.V. (UMU), die von UMU-Präsident Dr. York Otto und Bernd Pantze eröffnet wurde. Referenten: der deutsche Botschafter in Kuba, Thomas Karl Neisinger, und der Vertreter von Roedl & Partner in Havana, Dr. Andreas Voß. Tenor: Kuba bewegt sich, >> Seite 6



ist aber für mittelständische Investoren kein einfaches Pflaster.



Foto (GG) v.l.n.r.: Dr. Andreas Voß, Dr. York Otto, Thomas Karl Neisinger, Bernd Pantze, Stv. Vorsitzender des Ausschusses für Außenwirtschaft

9. Juni – Ausschuss für Mittelstandspolitik



26. Bayerisch-Sächsischer Unternehmerkonvent des Wirtschaftsbeirates Bayern und des Wirtschaftsrates Deutschland/Landesverband Sachsen in diesem Jahr im Radisson Blu Hotel Leipzig. Leitthema: „Der Mittelstand und aktuelle globale Herausforderungen“. Begrüßt und moderiert von Simone Hartmann Sächsische Landesvorsitzende, und Alexander Lerch (Foto: 1. Reihe, 3.v.l.), Vorsitzender des Mittelstands Ausschusses des Wirtschaftsbeirates, wurde die offensive Gestaltung der digitalen Transformation im Mittelstand ebenso beleuchtet wie die angespannten deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen. Im Bayernteil ging es um die Stärkung der Innovationskraft durch Clusterpolitik und Verschiebungen im globalen Handel, auf die sich auch der Mittelstand einstellen

muss. Wer wollte, konnte sich am nächsten Morgen in Begleitung einer kenntnisreichen Führerin noch den Sehenswürdigkeiten Leipzigs widmen.

9. Juni – Bezirk Würzburg

Eines der großen Zukunftsthemen ist das „Autonome Fahren“. Vorsitzender Artur Steinmann hatte dazu in die passende „Location“ – das Spindler Audi Zentrum in Würzburg – eingeladen. Oliver Strohbach von der Audi AG informierte die Teilnehmer über den Stand der Technik. Bayerns Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback ging der Frage nach, vor welchen rahmenpolitischen Herausforderungen sich die Politik auf dem Weg zum selbstfahrenden Auto gestellt sieht. Artur Steinmann sprach das Schlusswort und leitete zum geselligen Ausklang über.



Foto v.l.n.r.: Christian Wieser (Geschäftsführer Spindler GmbH & Co. KG), Artur Steinmann, Prof. Dr. Winfried Bausback

14. Juni – Junger Wirtschaftsbeirat

Zu einem intensiven Meinungsaustausch über die „Integration von Flüchtlingen in die bayerische Wirtschaft“, trafen sich Mitglieder und Gäste des Jungen Wirtschaftsbeirats in der Landtagsgaststätte mit MdL Martin Neumeyer, Integrations-

beauftragter der Bayerischen Staatsregierung. Neumeyer referierte über die enormen Integrationsanstrengungen Bayerns, arbeitete Chancen für die Wirtschaft heraus, warnte aber auch vor Illusionen. Zur gelingenden Integration gehöre zwingend eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen. Die Moderation des Treffens, bei dem seitens der Teilnehmer auch Integrationshemmnisse angesprochen wurden, lag bei Vorstand Dr. Marc Tenbücken.



Foto v.l.n.r.: Dr. Marc Tenbücken, Martin Neumeyer, Dr. Jürgen Hofmann

16. Juni – Arbeitskreis Gesundheit

Teil 1 der geplanten Vortrags-Triologie „Zukunft der Medizin“ des Arbeitskreises Gesundheitswirtschaft befasste sich unter der Leitung von Vorsitzendem Dr. Johannes Zwick mit Zukunftsentwicklungen in der Medizintechnik. Was erwartet uns an Fortschritt? Dr. Bernd Montag, Vorstandsvorsitzender von Siemens Healthineers, prognostizierte, dass die Wertschöpfungsketten in der Gesundheitswirtschaft immer stärker vom Gedanken der Gesunderhaltung getrieben würden. Sein Unternehmen habe sich dem Ziel verschrieben, die Leistungsanbieter in der Gesundheitswirtschaft durch modernste Technik zu befähigen, bessere

Medizin kostengünstiger zu produzieren.



Foto v.l.n.r.: Eduard Kastner, Dr. Bernd Montag, Dr. Johannes Zwick, MdL Bernhard Seidenath (Stv. Vorsitzender des Gesundheitsausschusses im Bayerischen Landtag)

21. Juni – Ausschuss Finanzmärkte

Die Geldpolitik der EZB ist und bleibt – ähnlich wie die Flüchtlingsthematik – hoch umstritten. Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler hatte deshalb Frau Prof. Dr. Isabel Schnabel, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Professorin für Finanzmarktökonomie an der Universität Bonn, in seinen Ausschuss eingeladen. „Die Niedrigzinspolitik der EZB: Rettung von Europa oder Enteignung der Sparer?“ Die Sachverständige ging zunächst auf die Gründe ein, die die EZB zu ihrer extrem lockeren Geldpolitik bewegt hätten, um sich dann volkswirtschaftlich differenziert mit der Kritik daran auseinanderzusetzen.



Foto v.l.n.r.: Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, Prof. Dr. Isabel Schnabel



Kaffeemaschinen
Kaffeautomaten
Snackautomaten
Getränkeautomaten
Fotoautomaten



zoells.de GmbH
rund um die Uhr



Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn
Tel. 09101/909390





Dr. Jürgen Hofmann,
Generalsekretär

Sehr geehrte, liebe Mitglieder
des Wirtschaftsbeirats,

Schicksalstage für Europa. Die Situation ist da, der Alptraum eingetreten, die EU in die schwerste Krise seit ihrer Gründung 1957 geraten. Während ich diese Zeilen zu Papier bringe, ist das amtliche Endergebnis des „Brexit“-Referendums gerade bekannt gegeben worden: knapp 52 Prozent der Wähler, die an die Urnen gegangen sind, haben für „Leave“ gestimmt, gut 48 Prozent für „Remain“. Buchmacher und Börsen, die im Vorfeld auf Verbleib gesetzt haben, lagen daneben. Die Strategie des Europabefürworters David Cameron, sich durch eine Volksabstimmung mit positivem Ausgang Luft im eigenen konservativen Lager zu verschaffen, ist restlos gescheitert.

Es wird ein hoher ideeller und materieller Preis sein, den der alte Kontinent, vor allem aber auch Großbritannien selbst für die historische Entscheidung zu bezahlen haben wird. Wie hoch genau, kann heute niemand vorhersagen.

„Brexit – Zerreißprobe für Großbritannien. Historischer Rückschlag im europäischen Einigungsprozess“

Das wird wesentlich von den Austrittsverhandlungen abhängen, die jetzt begonnen werden müssen und für die es keinerlei Blaupause gibt. Fest steht gemäß den EU-Verträgen nur, dass nach Übermittlung der offiziellen Austrittserklärung Londons an Brüssel Verhandlungen aufgenommen und binnen zwei Jahren zum Abschluss gebracht werden müssen – ein Mammutunterfangen bei der Vielzahl von Bestimmungen, die den „Acquis Communautaire“, d.h. den über Jahrzehnte gewachsenen Besitzstand der Gemeinschaft bilden und die jetzt mühsam „aufgedröselte“ werden müssen. Das wird enorme Kräfte binden. Der Zukunftssicherung Europas werden sie fehlen.

Man muss kein großer Prophet sein, um vorhersagen zu können, dass das knappe Votum pro Brexit neben allen ökonomischen Flurschäden, das es auf der Insel verursachen wird, Großbritannien vor enorme innere Zerreißproben stellt. Nach den ersten Wahlanalysen haben Schotten und Nordirland Partei für Europa ergriffen. Das weltoffene London mit seiner City musste sich, dem übrigen England beugen. Der europafreundlichen Jugend stand eine eher europaskeptische ältere Bevölkerung gegenüber. Die

Alten zwingen den Jungen also eine Zukunft auf, in der diese mehrheitlich nicht leben wollen. Das Land ist zutiefst gespalten. Quo vadis Schottland, Nordirland und Gibraltar? Tritt Schottland nach einem weiteren Referendum aus Großbritannien aus, um danach als selbständiger Staat der EU wieder beizutreten? Wie wird Nordirland mit seiner Außengrenze zu Irland fertig? Wird aus Großbritannien am Ende „Kleinengland“? Das Fatale: Eine rasche Rückkehr des (noch) United Kingdom in den Schoß der EU kann es nach der Austrittserklärung nicht geben, auch wenn die Auswirkungen der historischen Entscheidung zu einem großen Umdenken in der Bevölkerung führen sollten. Davor stünden Beitrittsverhandlungen. Üblicher Weise erweisen sich diese als mühsam und langwierig.

Auch Europa zählt zu den großen Verlierern. Dem Binnenmarkt droht mit der Insel im wahrsten Sinne des Wortes ein wichtiger Teil davon zu schwimmen. Deutschland und mit ihm Bayern verlieren in zentralen europäischen Fragen einen wichtigen Verbündeten. Eintreten für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung, klares Bekenntnis zu offenen Weltmärkten, disziplinierte Haushaltspolitik in Brüssel und Straßburg – für all das stand und steht Großbritannien. Für eines jedoch nicht: für eine immer engere Zusammenarbeit in Europa und damit für eine Vertiefung der EU. Vielleicht liegt darin mittel- und längerfristig auch eine historische Chance für die verbliebenen 27 Mitglieder der Gemeinschaft.

Für die Austrittsverhandlungen würde ich mir wünschen: Vernunft vor Emotionen. Es muss nicht unnötig Porzellan zerschlagen werden. Auf der anderen Seite darf es zu keiner Rosinenpickerei Londons kommen. Brüssel muss die Interessen der kleiner gewordenen Gemeinschaft hart vertreten. Dazu gehört etwa die Verlagerung von EU-Behörden wie der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) auf den Kontinent. Von den Verhandlungen muss ein klares Signal gegen nationalistische Strömungen ausgehen, wie sie auch in anderen Teilen Europas leider immer mehr an Boden gewinnen.

Im Schatten des drohenden Brexits hat das Bundesverfassungsgericht die Politik des extrem lockeren Geldes der EZB im Großen und Ganzen abgesegnet. Griechenland hängt weiter am Tropf. Der Aufschwung kommt europaweit nur verhalten voran. Es gibt also viel zu diskutieren. Wir nehmen uns dafür auf unserem Bayerischen Wirtschaftstag 2016 am 27. Juli in Augsburg im zweiten Teil „Wie geht es weiter in Europa?“ Zeit. Das Podium wird hochkarätig besetzt sein. Die Einladung haben Sie schon erhalten. Präsident Dr. Otto Wiesheu, Bezirksvorsitzender Dr. Georg Haindl und ich würden uns freuen, Sie im Messezentrum der Fuggerstadt begrüßen zu können.

Herzlichst
Ihr
Jürgen Hofmann



US-Präsidentschaftswahl Clinton vs. Trump

Gastreferent: Prof. Dr. rer. pol.
Boris Vormann, John F. Kennedy
Institut Berlin, Mit-Herausgeber
„Handbuch Politik USA“.

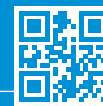


13.10.2016 • 19:30 Uhr
Dresden, Coselpalais, Festsaal
An der Frauenkirche 12

Dresden *Gespräche*

Infos und Anmeldung unter:
www.dresdengespraech.de



**4. Juli, München**

Bezirk München und Arbeitskreis Unternehmenssicherheit: Staatsminister Joachim Herrmann, MdL, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr; Markus Geier, Beirat des Sicherheitsnetzwerkes München; Dr. Walter Schlebusch, Sprecher der Wirtschaft der Themen-Plattform IT-Sicherheit des Zentrums Digitalisierung Bayern, „Digitale Sicherheit – Das Ende der Sorglosigkeit“

6. Juli, Augsburg

Bezirk Augsburg/Nordschwaben: Besuch MT Aerospace mit Staatssekretär Franz Josef Pschierer, MdL, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Prof. Dr. Michael Kupke, Leiter des Zentrums für Leichtbauproduktionstechnologie, Augsburg, Hans Steininger, Vorstandsvorsitzender der MT Aerospace AG, „Luft- und Raumfahrt – ‚Booster‘-Branche für Zukunftstechnologien“

8. Juli, Frauenchiemsee

Bezirk Berchtesgadener Land/Traunstein gemeinsam mit dem Bund Katholischer Unternehmer: Frauenwörter Gespräche mit H.H. Bischof Dr. Rudolf Voderholzer, Bistum Regensburg, „Christliche Identität zeigen!“

NEU**11. Juli, München**

Ausschuss für Außenwirtschaft: Helen Zille, Premierministerin der Westkap-Provinz von Südafrika, „Die wirtschaftlichen Perspektiven Südafrikas“

12. Juli, München

Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft: Prof. em. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup, Präsident des Handelsblatt Research Instituts und ehemaliger Vorsitzender des Sachverständigenrates, „Gesundheitswirtschaft im Spannungsfeld zwischen Bevölkerungsalterung und Digitalisierung“

13. Juli, München

Arbeitskreis Unternehmenssicherheit: Hubertus Andrä, Polizeipräsident der Landeshauptstadt München, „Sicherheit in Bayern – Herausforderungen für die Polizei“

NEU**14. Juli, München**

Ausschuss für Außenwirtschaft: Dr. Ahmed Abdul Rahman Albanna, Wirtschafts- und Finanzexperte sowie Geschäftsmann aus den Vereinigten Arabischen Emiraten,

„Politische und wirtschaftliche Entwicklungen in der Golfregion und im Nahen Osten“

15. Juli, Bad Tölz

Bezirk Oberland: Vortragsveranstaltung und Podiumsdiskussion mit Ilse Aigner, MdL, Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie; Wolfgang Rzehak, Landrat von Miesbach; Eugen Köhler, Bayerischer Bauernverband; Dr. Ulrich Mössner, Lehrbeauftragter Hochschule München für VWL, Frank Dollendorf, Bereichsleiter Außenwirtschaft IHK für München und Oberbayern; Klaus-Dieter Graf von Moltke, Aufsichtsratsvorsitzender SMG und Unternehmer; Dr. Jörg Allgäuer; Vice President Corporate Communications Sky Deutschland GmbH, „TTIP – Wahnsinn oder Chance?“

18. Juli, München

Ausschuss für Umweltpolitik: Prof. Dr. Christian Laforst, Fakultät für Biologie, Chemie und Geowissenschaften, Lehrstuhl für Tierökologie I und Vizepräsident für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs an der Universität Bayreuth, „Mikroplastik in aquatischen Ökosystemen“

20. Juli, München

5. Alpenblicke – Ausschuss für Medienpolitik: Ulrich Wilhelm, Intendant des Bayerischen Rundfunks, „Alte Feinde, neue Freunde? Gemeinsam Medienzukunft gestalten“

NEU**21. Juli, Ingolstadt**

Bezirk Ingolstadt: Betriebsbesuch bei Continental Ingolstadt, Luc Quisthoudt, Leiter Operations BU ADAS/Werk Ingolstadt, Prof. Dr. Joachim Berlak, Geschäftsführer der software4producton GmbH, Professor für Wirtschaftsingenieurwesen an der FOM Hochschule, „Die Fabriken der Zukunft“

25. Juli, München

Arbeitskreis Wirtschaft und Kirchen gemeinsam mit der Eugen-Biser-Stiftung: Prof. Dr. Martin Balle, Verleger Straubinger Tagblatt, Landshuter Zeitung und Münchner Abendzeitung, Jesuitenpater Peter Balleis, Flüchtlingsbeauftragter der Jesuiten, „Die Flüchtlingsdebatte – ein paar ethisch-moralische Anmerkungen dazu“

27. Juli, Augsburg

Bayerischer Wirtschaftstag mit Reden von Markus Blume, MdL, Vor-

sitzender der CSU-Grundsatzkommission, und Dr. Angelika Niebler, MdB, Vorsitzende der CSU-Europa-Gruppe, anschließende Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Martin Selmayr, Kabinettschef des Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker, Prof. Dr. Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Prof. Dr. Franz Christoph Zeitler, Bundesbankvizepräsident a.D., und Dr. Andreas Kopton, Präsident IHK Schwaben, Moderation: Stefan Stahl, Augsburger Allgemeine, „Aufbruch Bayern. Wie geht es weiter in Europa?“

NEU**30. Juli, Passau**

Bezirk Passau: Abgeordneten-Frühstück (nur für Mitglieder)

10. August, München

Bezirk München: Sommerlounge

NEU**11. September, München**

Bezirk München: Mittelstandspolitischer Frühschoppen am Viktualienmarkt BEIM SEDLMAYR

NEU**14. September, München**

Ausschuss für Außenwirtschaft: Klaus Fuest, Roland Berger/China

NEU**15. September, München**

Ausschuss für Energie- und Rohstoffpolitik

21. September, München

Arbeitskreis Ordnungspolitik und Ausschuss für Sozial und Arbeitsmarktpolitik: Prof. Dr. Franz Ruland, ehem. Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger

23. September, München

Forum Berlin: Dr. Michael Meister, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, „Stabilität in den Finanzmärkten“

26.-27. September, Brüssel

Forum Brüssel: Delegationsreise nach Brüssel

27. September, Bad Reichenhall

Bezirk Berchtesgadener Land/Traunstein: Dr. Jürgen Gros, Vorstand des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V., „Warum Bankenregulierung längst ein Mittelstandsthema ist!“

5. Oktober, Burghausen

Bezirk Inn/Salzach: Werksbesuch bei der Wacker-Chemie AG mit Staatsministerin Ulrike Scharf, MdL,

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

6. Oktober, München

Ausschuss für Industrie, Technologie und Innovationen: „Robotics und künstliche Intelligenz“

NEU**11. Oktober, München-Haar**

Arbeitskreis Gesundheit: u.a. mit Ilse Aigner, MdL, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, „Pharmastandort Bayern“

12. Oktober, Garching

Junger Wirtschaftsbeirat und Ausschuss für Bildung und Wissenschaften: Stefan Müller, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung

13. Oktober, Ingolstadt

Bezirk Ingolstadt: Dr. Christian Lösl, Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt, „Aktuelle und mittelfristige Projekte und Entwicklungen der Stadt Ingolstadt“

13. Oktober, München

Ausschuss für Finanzmärkte: Markus Ferber, MdB, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, „EU-Finanzmarktregulierung – Was muss noch kommen, was ist überflüssig?“

14.-15. Oktober, St. Englmar

Arbeitskreis Kirchen: Klosterwochenende

24. Oktober, Ort noch offen

Bezirk Weiden/Nordoberpfalz: Kamingespräch mit Bundes- und Landtagsabgeordneten der Region, „Nordbayern 4.0“

25.-28. Oktober

Bezirk Passau: Reise „Passauer Herbst“

2. November, München

Ausschuss für Wirtschaftspolitik

NEU**3. November, München**

Arbeitskreis Ordnungspolitik: Prof. Dr. Clemens Fuest, Präsident ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

10. November, Gurten (A)

Bezirk Passau mit GeoComPass, Besuch der Fa. Fill

28. November, München

Generalversammlung

